



217a.4

AUSGESTELLT

Bern, den 5. April 1978

Nicht für die Presse

Exportrisikogarantie - Transkei/Südafrika

- Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 17. März 1978 (Beilage)
 Politisches Departement. Mitbericht vom 23. März 1978 (Beilage)
 Volkswirtschaftsdepartement. Stellungnahme vom 30. März 1978
 (Beilage)
 Politisches Departement. Vernehmlassung vom 3. April 1978
 (Beilage)
 Volkswirtschaftsdepartement. 2. Stellungnahme vom 4. April 1978
 (Kenntnisnahme)
 Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 23. März 1978
 (Kenntnisnahme)

Gestützt auf den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements und auf das Mitberichtsverfahren hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Von den Ausführungen wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die ERG-Kommission wird ermächtigt, der Firma Escher-Wyss Aktiengesellschaft, die Gewährung der Exportrisikogarantie für die Lieferung von Kraftwerksausrüstungen im Betrage von 420 Millionen Franken an die Transpower weiterhin zuzusichern.

Protokollauszug an:

- EVD 15 (GS 5, HA 10) zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis
- FZD 7 " "
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2120.4

AUSGETEILT

Bern, den 17. März 1978

Nicht für die Presse

An den

B u n d e s r a t

Exportrisikogarantie - Transkei/Südafrika

Die ERG-Kommission stellte im Mai 1977 der Firma Escher Wyss Aktiengesellschaft, Zürich die Gewährung der Exportrisikogarantie grundsätzlich in Aussicht für die Lieferung und Montage eines hydroelektrischen Kraftwerkes in Transkei.

Das Projekt der Elektrizitätsbehörde von Transkei (Transpower) sieht die Errichtung einer Anlage mit einer Kapazität von 880 MW vor. Der erzeugte Strom kann in Transkei selbst noch nicht verbraucht werden. Die Republik Südafrika wird ihn kaufen; sie bezweckt damit die selbständige wirtschaftliche Entwicklung von Transkei in massgeblicher Weise zu fördern.

Der Wert der angebotenen schweizerischen Lieferungen und Leistungen, die gegebenenfalls im Wesentlichen von Escher Wyss, der Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie sowie der Firma Zschokke-Wartmann AG in Brugg erbracht würden, macht rund 330 im Maximum aber 420 Millionen Franken (inkl. mögliche Erhöhung auf Grund der Geleitpreisklausel) aus. Die Teillieferungen würden vom 24. bis 48. Monat nach Bestellungseingang erfolgen. Die Zahlungsbedingungen:

- 5 % des Lieferbetrages bei Bestellung
- 10 % jeweils gegen Versanddokumente
- 85 % in 10 gleichen Semesterraten, die erste fällig 6 Monate nach Inbetriebnahme, pro rata, mit Spätstensklausel

Die Kommission verlangte die Stellung einer Zahlungs- und Transfergarantie der Republik Südafrika, weil Transkei, nach Auffassung auch der Garantieinstitute anderer Länder (u.a. GB und BRD), wirtschaftlich nicht stark genug wäre, um Verpflichtungen in der erwähnten Höhe zu garantieren.

Die Kommission liess sich bei ihrem Entscheid von verschiedenen Aspekten, wie der Beschäftigungslage bei den beiden Grossfirmen und ihren zahlreichen Unterlieferanten in allen Landesteilen, insbesondere aber auch vom Umstand leiten, dass der Bundesrat nach Abwägung der politischen und wirtschaftlichen Risiken am 10. September 1975 beschlossen hatte, die Exportrisikogarantie für die Lieferung des elektrischen Teils des A-Werkes Koeberg/Südafrika im Werte von 2'600 Millionen Franken zu gewähren, (der Auftrag ging in der Folge an Frankreich). Die grundsätzliche Zusage vom Mai 1977 läuft am 23. März 1978 ab. Nach Aussage der gesuchstellenden Firma sind die Aussichten, den Auftrag zu erhalten sehr gut. Die südafrikanische Regierung habe bezüglich der Erteilung einer Zahlungs- und Transfergarantie positiv reagiert; ein Vorvertrag über die Finanzierungsbedingungen für allfällige schweizerische Lieferungen ist zwischen einem schweizerischen Bankenkonsortium (4 Grossbanken) und dem südafrikanischen Finanzministerium Mitte Februar 1978 bereits abgeschlossen worden.

Die Firma Escher Wyss Aktiengesellschaft sucht um die Verlängerung der Gültigkeit der grundsätzlichen Zusage nach.

Beurteilung des vorliegenden Gesuches:

1. Nachdem Transkei von der UNO und auch von der Schweiz nicht als selbständiger Staat anerkannt worden ist, wird die Gewährung der Exportrisikogarantie beim Bundesengagement gegenüber Südafrika zum Ausdruck kommen und auch unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen sein.

2. Wirtschaftslage in Südafrika. Das Wirtschaftswachstum betrug im Jahre 1977 1 % (1976: 1,3 %); die Inflationsrate erreichte 10,8 % (1976: 11,1 %). Die Investitionen sind um ca. 16 % zurückgegangen und die Produktionskapazität der Industrie ist durchschnittlich nur zu 76 % ausgelastet. Die Gold- und Währungsreserven beliefen sich Ende 1977 auf 660 Millionen Rand (1 Rand ca sFr. 2.20) oder rund 1,5 Milliarden Franken.

Südafrikanische Wirtschafts- und Regierungskreise hoffen, die konjunkturelle Talfahrt sei beendet. Die Wirtschaft hat im abgelaufenen Jahr tatsächlich eine gewisse Gesundung erfahren, was vor allem auf die bereits 1975 eingeführte restriktive Geld-, Kredit- und Ausgabenpolitik der Regierung zurückzuführen ist. Der daraus resultierenden Bremsung der Wirtschaftsentwicklung steht eine positive Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber, was von überragender Bedeutung ist, da Kapital aus dem Ausland nur noch spärlich zufließt. Ziel der südafrikanischen Regierung ist es, trotz einer in Aussicht stehenden Zunahme der Importe die Zahlungsbilanz positiv zu halten und einen leichten Wirtschaftsaufschwung zu bewirken. Dazu soll auch die disziplinierte Steuer- und Geldpolitik sowie die Eindämmung der Inflation beitragen. Die Handelsbilanz wies in den ersten 11 Monaten des Jahres 1977 einen Aktivsaldo von 517,2 Mio Rand (rund 1,1 Mia Fr.) auf, (1976 mit über 1 Mia Rand passiv). Die Exporte nahmen um ca. 27 % zu, die Importe um 13 %. Bei den Importgütern stehen Maschinen, Fahrzeuge sowie chemisch-pharmazeutische Produkte im Vordergrund. Auf Exportseite sind zu erwähnen: Edelmetalle, Goldmünzen und Edelsteine, Basismetalle und Waren daraus, Mineralien, verarbeitete Nahrungsmittel und Tabak sowie Gemüse und Früchte. Der Anstieg der Weltmarktpreise für Gold und Diamanten, trug wesentlich zum gestiegenen Exportwert bei, doch wird allgemein Exportförderung betrieben, wozu auch die Verbesserung der Transport- und Hafenfazilitäten gehört.

3. Wirtschaftsbeziehungen Schweiz - Südafrika. Südafrika steht dem Handelsvolumen nach als Handelspartner der Schweiz nach Nigeria an zweiter Stelle unter den afrikanischen Ländern. Der Warenverkehr entwickelte sich wie folgt:

| | <u>Einfuhr</u> | <u>Ausfuhr</u> |
|------|---------------------|----------------|
| | (Millionen Franken) | |
| 1973 | 66 | 342 |
| 1974 | 79 | 507 |
| 1975 | 73 | 504 |
| 1976 | 68 | 371 |
| 1977 | 127 | 350 |

Die wichtigsten Warengruppen bei der Ausfuhr sind chemische Produkte und Pharmazeutika (1977 ca 80 Mio Fr.) Generatoren und elektrische Schaltanlagen (70 Mio Fr.); Textil- und Werkzeugmaschinen (41 Mio Fr.); Uhren (22 Mio Fr.).

Die schweizerischen Direkt-Investitionen in Südafrika werden auf etwa 1'600 Mio Franken geschätzt, was etwa 5 % der ausländischen Investitionen im genannten Land entspricht. Produktionsstätten werden u.a. von der pharmazeutischen und der Maschinenindustrie betrieben, doch ist auch die Lebensmittelindustrie aktiv.

4. Das Engagement des Bundes aus der Exportrisikogarantie gegenüber Südafrika belief sich Ende 1976 auf 442 Millionen Franken oder 3,49 % des ERG-Gesamtengagements; 1977 lauten die entsprechenden Zahlen: 453 Millionen Franken oder 2,8 % und am 10. März 1978: 448 Millionen Franken, oder etwa 2,5 %. Dazu werden vielleicht gegen Jahresende noch etwa 100 Millionen kommen aus einem möglichen Auftrag für die Lieferung einer 600 MW-Turbogruppe an die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ESCOM, Johannesburg, durch die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie.

Der Fakturabetrag der grundsätzlich in Aussicht gestellten Garantien, wovon sich in der Regel kaum 20 % realisieren lassen, ist grösseren Schwankungen unterworfen. Ende 1975 erreichte er beispielsweise über 2,6 Milliarden Franken, Ende 1977 noch 538 Millionen. Zurzeit macht er 547 Millionen aus, worin die 420 Millionen, die Gegenstand dieses Antrages bilden, wie bereits 1977, eingeschlossen sind.

Nebenbei sei hier noch darauf hingewiesen, dass demnächst eine einfache Anfrage von Nationalrat Grobet, der sich nach der Entwicklung des ERG-Engagements gegenüber Südafrika erkundigt, zu beantworten sein wird.

Allgemein ist bekannt, dass die politische Lage in Südafrika, als Folge der Rassenpolitik seiner Regierung, gespannt ist. Einzelne westliche Länder haben bereits Vorbehalte bezüglich ihrer künftigen Wirtschaftspolitik gegenüber Südafrika angebracht. Diesen Grundsatzklärungen dürfte aber, auf die Exportrisikogarantie dieser Staaten bezogen, einstweilen vorwiegend verbale Bedeutung zukommen.

5. Nach einer Studie des VSM belief sich der durchschnittliche Arbeitsvorrat in der Maschinenindustrie Ende 1977 auf 7,2 Monate, nachdem er sich bis Mitte 1977 auf 7,5 Monate erholt gehabt hatte. Das vorliegende Geschäft würde insgesamt rund 2,5 Millionen Arbeitsstunden beinhalten. Für Escher-Wyss allein würden damit rund 7 Monate Beschäftigung für die Werkstatt; für BBC (verteilt auf die Werkstätten in Baden, Genf, Birrfeld, Oerlikon, Turgi und Lenzburg) über 1,1 Millionen Arbeitsstunden und für die beteiligten Abteilungen (ca. 100 - 120 Mann) von Zschokke-Wartmann, Brugg, als grösstem Unterlieferant, über 2 1/2 Jahre Arbeitsvorrat resultieren. Vom Anteil von Escher-Wyss (105 Mio Franken ohne Gleitpreiseffekt) werden 10 % an Unterlieferanten in der Schweiz gehen, bei BBC (180 Mio Franken) machen die schweizerischen Zulieferungen gegen 30 % aus und bei Zschokke-Wartmann, mit einem Anteil von 45 Mio Franken, erreichen die Zulieferungen anderer schweizerischer Firmen 15 %.

Bei den hauptsächlich beteiligten schweizerischen Firmen ist insbesondere die Erhaltung einer Infrastruktur auf dem Gebiete der Energieerzeugung wichtig, wozu namentlich die kontinuierliche Beschäftigung und die Erhaltung von Spezialisten aller Grade gehört.

6. Beurteilung durch die ERG-Kommission: Ein Auftrag der vorliegenden Grössenordnung würde sich günstig auf die Beschäftigungslage bei Escher-Wyss und BBC, jedoch auch auf jene der geographisch breit gestreuten zahlreichen Zulieferbetriebe, meist kleine und mittlere Unternehmen, auswirken.

Ein ERG-Engagement aus Transkei-Geschäften besteht noch nicht; jenes gegenüber Südafrika, das schliesslich haftet, ist zur Zeit nicht übermässig hoch. Ein Zuwachs von höchstens rund 400 Millionen Franken liesse sich sowohl in Bezug auf das gesamte ERG-Engagement als auch jenem gegenüber Südafrika verantworten. Den Besonderheiten Rechnung tragend hat die Kommission allerdings bereits im Mai 1977 in Aussicht genommen, der Garantie allenfalls nur eine Kreditfrist von 5 Jahren, und nicht 10 Jahre wie beantragt, zu unterstellen und einen Garantiesatz von 80 %, an Stelle des für eigentliche Südafrika-Geschäfte üblichen 90 %, vorzusehen.

Nach Angaben von Escher-Wyss stand das schweizerische Angebot, in Konkurrenz zu jenen von Lieferfirmen aus anderen westlichen Industriestaaten, die ebenfalls bereit waren, Garantien zu erteilen.

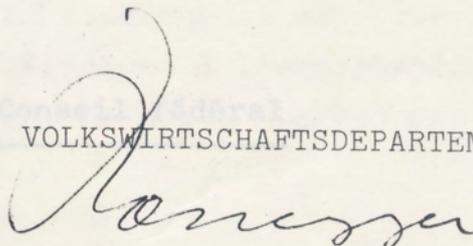
Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir den

A n t r a g

1. Von vorstehenden Ausführungen wird zustimmend Kenntnis genommen.

2. Die ERG-Kommission wird ermächtigt, der Firma Escher-Wyss Aktiengesellschaft, die Gewährung der Exportrisikogarantie für die Lieferung von Kraftwerkaustrüstungen im Betrage von 420 Millionen Franken an die Transpower weiterhin zuzusichern.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Protokollauszug an:

- EVD (GS, HA 10)
- EPD (6)
- EFZD (6)

Ce - rapport

concernant la proposition
du Département fédéral de l'économie publique
du 17 mars 1973.

Le Département politique fédéral accepte la proposition d'octroyer la garantie des risques à l'exportation dans l'affaire Escher-Wyss - Transkei/Afrique du Sud.

Le Département souhaite cependant saisir ce cas d'espèce pour faire quelques remarques.

A. La garantie des risques à l'exportation s'est transformée notamment au fur et à mesure de l'évolution de la situation économique vers une phase de récession. La sécurité de l'emploi est toujours plus fréquemment invoquée pour solliciter la garantie. En outre, par suite de ses adaptations successives au contexte international nouveau (notamment depuis la couverture du risque monétaire) cet instrument est de plus en plus mis à contribution.

s.C.41.Trans.111.0 - ZW/hz

Berne, le 23 mars 1978.

Au Conseil fédéral

Octroi de la garantie des risques
à l'exportation

Transkei/Afrique du Sud

C o - r a p p o r t

concernant la proposition
du Département fédéral de l'économie publique
du 17 mars 1978

Le Département politique fédéral accepte la proposition d'octroyer la garantie des risques à l'exportation dans l'affaire Escher-Wyss - Transkei/Afrique du Sud.

Le Département souhaite cependant saisir ce cas d'espèce pour faire quelques remarques.

- A. La garantie des risques à l'exportation s'est transformée notamment au fur et à mesure de l'évolution de la situation économique vers une phase de récession. La sécurité de l'emploi est toujours plus fréquemment invoquée pour solliciter la garantie. En outre, par suite de ses adaptations successives au contexte international nouveau (notamment depuis la couverture du risque monétaire) cet instrument est de plus en plus mis à contribution.

- 2 -

Il en découle que l'évaluation du risque économique est aujourd'hui, plus qu'autrefois, fonction de l'appréciation de la situation politique. La conséquence de cette évolution est que la garantie des risques à l'exportation est devenue un instrument différent de celui que ses promoteurs avaient à l'esprit.

B. Le cas d'espèce qui fait l'objet de la proposition du Département de l'économie publique illustre parfaitement les considérations formulées ci-dessus.

1. Ce qui touche au Transkei, dans la proposition au Conseil fédéral, n'est qu'effleuré et assez inexact. Le Transkei est un "homeland" soit un sous-produit de la politique d'apartheid. A part l'Afrique du Sud, aucun Etat ne l'a reconnu. La Suisse n'échappe pas à cette règle. L'Assemblée générale de l'ONU, en tant qu'interprète de la communauté internationale, a condamné, à plusieurs reprises, la politique sud-africaine des Bantoustans. Elle a aussi demandé de ne reconnaître aucun des "homelands" promis à l'indépendance.

De ce fait, l'indépendance du Transkei est plus fictive que réelle, cet Etat dépendant entièrement de Pretoria tant au point de vue politique qu'au point de vue économique. La Commission de la garantie des risques à l'exportation partage d'ailleurs implicitement la méfiance internationale envers le Transkei. On en trouve l'expression dans le fait qu'elle a décidé de demander à l'Afrique du Sud une garantie de paiement et de transfert.

- 3 -

Ce qui précède le montre à l'évidence, l'octroi de la garantie des risques à l'exportation pour cette affaire est politiquement délicat. Le Transkei porte le sceau de l'apartheid. Tout appui de la Suisse à un "homeland" est donc indésirable. Il risque d'exposer notre pays à de nombreuses et virulentes critiques. Nos détracteurs y verront certainement l'offre d'une source de devises qui renforcera le Transkei et permettra à l'Afrique du Sud de poursuivre sa politique d'apartheid.

2. Comme tout ce qui touche à l'Afrique du Sud revêt aussi une composante politique déterminante, le Département politique devrait avoir, à l'avenir, la possibilité d'être associé très tôt dans la procédure pouvant aboutir à l'octroi de la garantie des risques à l'exportation. Cette suggestion vaut mutatis mutandis pour tout pays dont la politique est sujette à de fortes critiques internationales.

En l'occurrence, la Commission de la garantie des risques à l'exportation a pris, en mai 1977, une décision de principe qui n'a pas été soumise au Conseil fédéral. A l'échéance de la décision de principe (23 mars), il n'est plus possible de bloquer cette affaire qui a considérablement progressé. C'est pourquoi le Département politique ne s'oppose pas à la proposition du Département de l'économie publique.

- 4 -

3. Le Département politique a été surpris par le raisonnement (page 2, alinéa 2 de la proposition) de la Commission de la garantie des risques à l'exportation. Elle semble, en effet, avoir invoqué la décision du Conseil fédéral d'accorder la garantie des risques à l'exportation dans l'affaire ESCOM, le 10 septembre 1975, pour s'en prévaloir :

- i) pour un projet différent
- ii) environ deux ans plus tard (mai 1977)
- iii) pour un "pays" différent et contesté ainsi qu'en témoigne sa non reconnaissance par la quasi totalité de la communauté internationale.

Les conditions politiques et économiques se modifient rapidement en Afrique du Sud et au Transkei. A cette aune, deux ans constituent un long délai.

Au vu de ce qui précède, on s'attendrait à ce que ce n'est pas sans réserves que le Département politique a donné son

4. Le Département politique aimerait savoir si la Commission de la garantie des risques à l'exportation a donné son accord de principe - toujours sur la base de l'octroi de la garantie des risques à l'exportation par le Conseil fédéral en 1975 dans l'affaire ESCOM - à d'autres affaires que celle qui fait l'objet de la présente proposition.

5. Compte tenu de l'évolution défavorable des comptes de la garantie des risques à l'exportation, le Département se demande si la Commission de la garantie des risques à l'exportation ne devrait pas, à l'avenir,

1) Togo
Gabon
Côte d'Ivoire

- 5 -

en référer plus systématiquement au Conseil fédéral que ce soit pour des affaires impliquant des montants relativement importants ou pour des pays internationalement critiqués.

Bien que la règle consiste à ne pas soumettre au Conseil fédéral les affaires de la garantie des risques à l'exportation, le Département politique constate une évolution de tendance au terme de laquelle le Conseil fédéral a été appelé à se prononcer plus fréquemment dans un passé récent ¹⁾. Le Département est favorable à cette manière de faire. Il voudrait même la voir se renforcer et s'étendre aux décisions de principe concernant les affaires délicates.

* * *

Au vu de ce qui précède, on réalisera aisément que ce n'est pas sans réserves que le Département politique a donné son accord à la proposition du Département de l'économie publique.

Aussi, pour éviter qu'une telle situation se reproduise, le Département politique propose que :

| | | | | |
|----|---------------|-----|---------------|-----------------|
| 1) | Togo | Fr. | 78 millions, | 1er juin 1977 |
| | Gabon | Fr. | 90 millions, | 19 octobre 1977 |
| | Côte d'Ivoire | Fr. | 261 millions, | 22 février 1978 |

- 6 -

S.C.41.Trans.111.0. - Zw/dem - 3003 Berns, le 3 avril 1976

- i) le Conseil fédéral soit consulté plus régulièrement dans les affaires d'octroi de la garantie des risques à l'exportation et dans les décisions de principe touchant à des affaires délicates;
- ii) le Département politique fédéral soit associé aux processus de prises de décisions par la désignation d'un représentant dans la Commission de la garantie des risques à l'exportation selon les mêmes modalités qui font qu'il est associé à la Commission de la garantie des risques à l'investissement.

relatif au rapport complémentaire du Département de l'économie publique du 30 mars 1976.

En outre, le Département politique attend une réponse à la question formulée sous chiffre 4 à savoir si la Commission de la garantie des risques à l'exportation a accordé son accord de principe, sur la base de la décision favorable du Conseil fédéral de 1975, à d'autres affaires au Transkei et en Afrique du Sud que celle qui fait l'objet de la présente proposition.

à des représentants de qualité d'experts".

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

Nous approuvons au surplus la proposition de procédure au titre de laquelle, dans les cas particulièrement critiques, les services de la Division de Commerce auront un échange de vues - avant de communiquer leur prise de position à la Commission de la garantie des risques à l'exportation - avec les services compétents du Département politique.

Pierre Aubert

Nous voudrions encore ajouter deux remarques:

1. Les considérations qui précèdent ne sauraient dispenser la
s.C.41.Trans.111.0. - ZW/dem 3003 Berne, le 3 avril 1978

Distribué

Au Conseil fédéral

Octroi de la garantie des
risques à l'exportation
Transkei / Afrique du Sud

Co-rapport complémentaire

relatif au rapport complémentaire du Département de l'économie
publique du 30 mars 1978.

Nous approuvons la suggestion du Département de l'économie publi-
que tendant à associer plus systématiquement des experts du Dé-
partement politique fédéral dans le processus conduisant à
l'octroi de la garantie des risques à l'exportation. Elle est
conforme au contenu de l'ordonnance sur la garantie contre les
risques à l'exportation du 15 janvier 1969 qui prévoit à son
article 21, alinéa 2, in fine: "la commission peut faire appel
à des représentants de l'administration ou de l'économie en
qualité d'experts".

Nous approuvons au surplus la proposition de procédure au terme
de laquelle, dans les cas particulièrement critiques, les ser-
vices de la Division du commerce auront un échange de vues -
avant de communiquer leur prise de position à la Commission
de la garantie des risques à l'exportation - avec les services
compétents du Département politique.

./.

Nous voudrions encore ajouter deux remarques:

1. Les considérations qui précèdent ne sauraient dispenser la Commission de la garantie des risques à l'exportation de soumettre à la décision du Conseil fédéral "les demandes qui ont une portée de principe et celles qui, pour d'autres raisons, revêtent une importance particulière" (article 23, alinéa 2 de l'ordonnance citée ci-dessus). Comme cet article ne distingue pas entre les décisions de principe et les décisions d'octroi de la garantie, nous partons de l'idée qu'à l'avenir les affaires de la nature de celle qui nous occupe ici seront soumises au Conseil fédéral. Il nous semble au surplus que le critère, évoqué dans le rapport complémentaire, du faible pourcentage des décisions de principe qui aboutissent à des réalisations effectives est moins important que celui qui peut exposer notre pays aux flèches de la critique internationale dans un monde en politisation croissante.
2. Nous n'avons pas écrit dans notre co-rapport, comme le Département de l'économie publique le présente au chiffre 2, alinéa 2 de son rapport complémentaire, que le Conseil fédéral était tenu par une décision de principe de la Commission de la garantie des risques à l'exportation. Ce que nous avons exprimé est qu'il était devenu commercialement, matériellement et psychologiquement impossible au Département politique de s'opposer à l'affaire Escher-Wyss parce qu'elle avait pu progresser considérablement par la mise à profit de la période pendant laquelle courait la décision de principe favorable de la Commission de la garantie des risques à l'exportation.

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL



Pierre Aubert



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

AUSGETEILT

Bern, den 30. März 1978

Nicht für die Presse

An den

B u n d e s r a t

Exportrisikogarantie - Transkei/Südafrika

Stellungnahme zum Mitbericht des EPD vom 23. März 1978

1. Die Exportrisikogarantie wurde im Krisenjahr 1934 im Interesse der Erhaltung und der Schaffung einheimischer Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Sie ist heute mehr denn je ein Instrument der Exportförderung und erfüllt somit den 1934 festgelegten Zweck.
2. Im Antrag vom 17. März 1978 hat das EVD bereits darauf hingewiesen, dass Transkei als selbstständiger Staat weder von der UNO noch von der Schweiz anerkannt und das von Escher-Wyss in Aussicht genommene Geschäft deshalb als "Risiko Südafrika" zu beurteilen sei.
 Unzutreffend ist der Hinweis des EPD, der Bundesrat sei an einen grundsätzlichen Entscheid der ERG-Kommission gebunden. Im vorliegenden Fall war dieser bis zum 23. März 1978 gültig; das EVD beantragt dem Bundesrat darüber zu entscheiden, ob die Gewährung der ERG weiterhin in Aussicht gestellt werden kann oder nicht.
3. Bei der Beurteilung der Frage, ob und allenfalls wann ein grundsätzlicher Entscheid dem Bundesrat zu unterbreiten ist, muss auch in Betracht gezogen werden, dass weniger als 20 % dieser Anfragen zu Aufträgen führen. Eine unzulässige Belastung des Bundesrates kann nur vermieden werden, wenn dieser

nur mit Geschäften befasst wird, wo echte Realisierungschancen bestehen.

4. Escher-Wyss stand in Transkei in Konkurrenz mit Lieferanten aus andern westlichen Industriestaaten. Diese waren bereit, die Garantie des Staates, ungeachtet der besonderen Verhältnisse in Südafrika, zu gewähren.
5. Nach dem Entscheid vom 10. Dezember 1975 wäre der Bundesrat bereit gewesen, Ausrüstungen für das sehr langfristige Geschäft Koeberg (Lieferungen 1979/80; Zahlungen innert 10 Jahren ab 1982/83) in wertmässig grossem Umfange der ERG zu unterstellen.

Demgegenüber würde das vorliegende Geschäft nur etwa 13 % des Wertes der Lieferungen für Koeberg ausmachen. Zudem wären diese innert 5 Jahren ab Inbetriebnahme, d.h. voraussichtlich ab 1983, zu bezahlen.

6. Auf Grund des Entscheides des Bundesrates vom 10. Sept. 1975 hat die ERG-Kommission keine andern grundsätzlichen Garantiezusagen für Geschäfte mit Südafrika oder Transkei gemacht.
7. Zum Antrag des EPD:

ad i)

Die wachsende Anzahl der Anträge des EVD an den Bundesrat betreffend die Gewährung der Exportrisikogarantie zeigt, dass die ERG-Kommission Gesuche immer dann, wenn der wertmässige Umfang eines Geschäftes ausserordentlich hoch ist, wenn grosse Risiken bestehen oder, wie der vorliegende Fall zeigt, besondere politische Verhältnisse zu beachten sind, dem Bundesrat zum Entscheid vorlegt.

Ueberdies gibt die Entwicklung der ERG in letzter Zeit dem EVD Anlass, dem Bundesrat die Lage periodisch darzulegen. Mit Botschaft vom 9. November 1977 wurde auch das Parlament über die zunehmende Beanspruchung der Garantie in Kenntnis gesetzt.

ad ii)

Der primären Aufgabe der ERG entsprechend wurde in der Verordnung über die Exportrisikogarantie vom 15. Januar 1969 eine Kommission von sechs Mitgliedern geschaffen. Es gehören ihr je drei Vertreter des Bundes und der Wirtschaft an. Dieses kleine Organ ermöglicht eine wirkungsvolle und speditive Arbeit, was von der Wirtschaft sehr geschätzt wird.

Der Einbezug eines vierten Bundesvertreters in die Kommission würde die Ernennung eines weiteren Repräsentanten der Wirtschaft erfordern. Einzelne Wirtschaftszweige, die 1975 Vorstösse in dieser Richtung unternommen haben, sahen ein, dass eine Vergrösserung der Kommission der Sache kaum förderlich wäre und lediglich zu einem grössern, unerwünschten administrativen Aufwand führen würde. Die Vertretung des EPD in der IRG-Kommission lässt sich damit begründen, dass diese Institution, im Gegensatz zur ERG, primär ein Instrument der Entwicklungshilfe ist.

Die ERG-Kommission selbst hat im übrigen die Möglichkeit, in einzelnen Fällen Experten beizuziehen. Davon hat sie wiederholt Gebrauch gemacht. Eine Mitwirkung des EPD in besonders kritischen ERG-Fällen ist durchaus angezeigt und auch erwünscht. Sie dürfte am zweckmässigsten über die Länderdienste der Handelsabteilung erfolgen, indem sich diese, vor der Abgabe ihrer Stellungnahme an die Kommission, in solchen Fällen mit dem zuständigen Dienst des EPD absprechen.

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement

